

Die "Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei voller Zahlung ins Haus für Groß-Berlin 10.— M. im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen Deutsche Verlagsanstalten Bestellungen entgegen. Unter Verzicht des deutschen Post- und Fernverkehrs 18.— M. für das deutsche Ausland 24.50 M. zuzüglich Post- und Fernverkehrs, per Brief für Deutschland und Österreich 16.— M. Werk. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 36b.

Die achtseitigen Anzeigenblätter über deren Raum kostet 5.— M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2.— M., jedes weitere Wort 1.50 M., einschließlich Teuerungszuschlag. Kostende Anzeigen laut Tarif, Familien-Anzeigen und Stellen-Befunde 2.20 M. netto pro Zeile. Stellen-Befunde in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1.50 M., jedes weitere Wort 1.— M. Fernsprecher: Zentrum 15230—15239

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Botschafterkonferenz in Washington

Unsichere Lage

Herr Briand hat gestern wieder eine jener Reden gehalten, die auf die Zustimmung seiner nationalistischen Kammer berechnet sind und die sie ja auch gefunden hat. Aber so völlig unerschütterlich auch die feste Klingel, so steht die Entscheidung jetzt nicht mehr allein bei der französischen Regierung. Was Briand aber über die Haltung der Vereinigten Staaten sagte, ist nicht sehr ausschlüssend. Es entspricht nur dem diplomatischen Brauch, wenn die Vereinigten Staaten sich vorher vergewissern, welche Aufnahme ihr Angebot bei den alliierten Mächten finden würde. Jedenfalls hat der amerikanische Präsident den ersten vorbereitenden Schritt unternommen, indem er mit den Botschaftern der alliierten Mächte die deutschen Vorschläge besprochen hat. Und es ist immerhin trotz des französischen Widerstandes das Wahrscheinlichste, daß die amerikanische Regierung zunächst weitere Versuche machen wird, um neue Verhandlungen herbeizuführen. Es heißt auch, daß bereits Rückfragen der amerikanischen Regierung unterwegs sind, die Vorschläge enthalten, um das deutsche Angebot in dem einen oder anderen Punkte abzuändern. Alles läßt sich dann darauf an, daß die deutsche Regierung ihrerseits diese Versuche erleichtert und ein neues Scheitern vermeidet.

Man muß aber betonen, daß alle diese Nachrichten vorläufig ohne offizielle Bestätigung sind. Auch die Londoner Regierungskreise verhalten sich außerordentlich zurückhaltend, aber man vermeidet es auch, die neue Möglichkeit zu Verhandlungen zu gelangen, von vornherein zu verhindern, wie das die französische Regierung versucht. Jedenfalls ist die Lage auch heute noch ganz unsicher.

Konferenz der alliierten Botschafter in Washington

Washington, 26. April. (Reuter.)

Hughes hat die Botschafter der alliierten Mächte nach Empfang der deutschen Vorschläge eingeladen, mit ihm im Staatsdepartement zusammen zu kommen. Es wurde erklärt, daß der Zweck der Konferenz eine informelle Besprechung der deutschen Note sei, aber in keiner Weise die diplomatische Übermittlung des deutschen Angebots durch die Regierung der Vereinigten Staaten.

(Reuter.) Washington, 26. April.

Nach Empfang der deutschen Gegenvorschläge haben sich auf die Einladung des Staatssekretärs Hughes hin die Botschafter Frankreichs, Englands, Italiens und Japans im Staatsdepartement begeben. Die alliierten Diplomaten wurden davon in Kenntnis gesetzt, daß die Vereinigten Staaten zuerst die Ansicht der Alliierten bezüglich der deutschen Gegenvorschläge hören wollten, bevor sie Deutschland antworten.

Paris, 27. April.

Havas ist in der Lage, mit Bestimmtheit zu versichern, daß die amerikanische Regierung nach Kenntnisnahme der neuen deutschen Vorschläge erneut ihre Absicht bestätigt hat, weiterhin die Stellungnahme zu wahren, wie sie gestern nachmittags Briand im Senat kargelegt hat; die Vereinigten Staaten würden keinen Schritt unternehmen, ohne sich vorher vergewissert zu haben, daß er den Verhandlungsregierungen angenehm wäre.

Amerikanische Abänderungsvorschläge?

T.U. Paris, 28. April.

Die Washingtoner Regierung hat die deutsche Regierung bereits verständigt, Änderungen in den Vorschlägen vorzunehmen. Dr. Simons hat dem zugestimmt. Washington wies darauf hin, daß eine vierprozentige Verzinsung der internationalen Anleihe zu niedrig sei. Die amerikanische Regierung sei gewillt, über eine höhere Zinsrate zu verhandeln. Dadurch, daß die Vereinigten Staaten und alle Alliierten jede Änderung versuchen, um die Wiedergutmachungsfrage ohne Verzögerung zu regeln, erwartet man, daß Frankreich das neue Angebot der deutschen Regierung günstig beurteilen wird.

Der Eindruck der Note in England

E.E. London, 27. April.

Reuter veröffentlicht eine Note, in der es heißt: obwohl Keiser-Isel offiziellen Communiqués über die neuen deutschen Vorschläge vorliegen, glaubt man, daß die Note einen ausgezeichneten Eindruck in Regierungskreisen hervorgerufen habe.

"Daily Chronicle", das Blatt Lord Georges, schreibt heute, die neue deutsche Note ist sicherlich ein viel weniger unmöglicheres Dokument, als die vorangegangenen. Wir ziehen vor, unsere Meinung erst zu sagen, wenn wir die Zeit gehabt haben werden, diese Note gründlich zu prüfen, aber es ist klar, daß die Furcht vor der Besetzung des Ruhrgebietes bei der deutschen Regierung größere Reue hervorruft, als irgend ein Appell an die Gerechtigkeit, wenn Deutschland dies vermocht hätte, und die auch die Gerechtigkeit nie hätte herbeiführen können. Wenn Deutsch-

land dieses Angebot jetzt macht, so hätte es dies vielleicht auch einige Monate früher machen können. Es zeigt sich, daß die Stärke das einzige Argument ist, vor dem Deutschland Respekt hat.

Ablehnung in der Pariser Presse

E.E. Paris, 27. April.

Die französische bürgerliche Presse ist einstimmig in der Ablehnung der deutschen Vorschläge. Der "Matin" erklärt, daß Frankreich nach ihm im besten Falle 25 Milliarden Goldmark erhalten würde, also gerade ein Viertel seines Guthabens. Das Blatt gibt der Hoffnung Ausdruck, daß keiner der Alliierten auf der Londoner Konferenz dafür einstehen werde, daß Frankreich von neuem ein Drittel jener Forderungen aufgeben werde, die ihm das Abkommen von Paris zusichern.

"Echo de Paris" ist überzeugt, daß die Vereinigten Staaten die Berliner Note offiziell nicht den Alliierten mitteilen werden. Sie sei bereits ins Wasser gefallen.

"Zeit Parisien" erklärt, daß man auch auf die neuen deutschen Vorschläge die Erklärung Lord Georges vom 3. März 1921 anwenden könne, nämlich, daß sie kein Anlaß zu neuen Verhandlungen gäben. Deutschland biete allerdings 20 Milliarden an, vergesse aber, daß die Pariser Konferenz die Einführung einer 12 prozentigen Ausfuhrsteuer forderte. Es sei auch nicht wahrscheinlich, daß Harding diese Erklärungen Deutschlands weiter leiten werde. Allerdings biete Deutschland seine Mitarbeit in den zerstörten Gebieten an. Aber dieses Angebot lasse sich nicht in Ziffern umrechnen, und es sei nicht ohne weitere Erklärungen annehmbar. Die Interessen der französischen Produktion dürften ihm nicht gesopft werden. Aber selbst wenn dieses Anerbieten durchgeführt werden würde, so könnte es nicht dazu führen, daß die im Abkommen von Paris geforderten Ziffern erreicht würden.

Im "Journal" wird ausgeführt, daß die deutschen Vorschläge vollständig unzulänglich seien und daß sie keinen Anlaß zu neuen Verhandlungen gäben. Deutschland biete allerdings 20 Milliarden an, vergesse aber, daß die Pariser Konferenz die Einführung einer 12 prozentigen Ausfuhrsteuer forderte. Es sei auch nicht wahrscheinlich, daß Harding diese Erklärungen Deutschlands weiter leiten werde. Allerdings biete Deutschland seine Mitarbeit in den zerstörten Gebieten an. Aber dieses Angebot lasse sich nicht in Ziffern umrechnen, und es sei nicht ohne weitere Erklärungen annehmbar. Die Interessen der französischen Produktion dürften ihm nicht gesopft werden. Aber selbst wenn dieses Anerbieten durchgeführt werden würde, so könnte es nicht dazu führen, daß die im Abkommen von Paris geforderten Ziffern erreicht würden.

Als größtes Bedenken gegen das deutsche Angebot hebt das "Journal", wie eine Reihe anderer Blätter, hervor, daß Deutschland nicht nur seine neuen Forderungen anbiete, sondern sogar versuche, daß die elementaren Garantien, die im Versailler Vertrag niedergelegt sind, verschwinden. Dadurch werde die Londoner Konferenz außerordentlich erleichtert werden.

Die Ausbringung der Wiedergutmachungsgelder

London, 26. April.

In Erwiderung auf eine Anfrage im Unterhause fragte Harmsworth, es sei ihm nichts davon bekannt, daß Frankreich bei Österreich einen Schritt unternommen habe, um es zu veranlassen, auf die deutsche Einfuhr eine Steuer zu legen. Auf eine weitere Frage, ob die Alliierten vorgeschlagen oder die Möglichkeit erwogen hätten, Deutschland zum Verkauf eines Teiles seiner Rüststoffe nach Amerika oder irgendeinem anderen Lande zu veranlassen, um sich Geld für die Reparationszahlungen zu beschaffen, erwiderte ein Vertreter des Schatzamtes, seines Wissens sei ein solcher Vorschlag bisher nicht in Erwägung gezogen worden.

Die Rede Briands

Zum Schluß seiner Rede in der französischen Kammer führte Briand aus: Wir wissen durch den Ton der Presse, daß Deutschland sich weigert, unter den Vorbedingungen die Entlassung vorzunehmen und warum Deutschland sich geweigert hat, die militärischen Organisationen nach Ablauf der Fristen aufzulösen. Die Entlassung hängt nicht von finanziellen Unmöglichkeiten ab, sondern lediglich vom guten Willen. Die Tatsache, daß dieser Wille sich nicht gezeigt hat, macht uns zur Pflicht, zu erklären, daß Deutschland schlechten Willens gewesen ist. Ich habe die verantwortungsvolle Ehre, die französische Regierung zu vertreten. Ich bin konziliant, aber ich kann nicht der brutalen Tatsache für die Zukunft mich gegenüberstellen.

Briand spricht weiter davon, daß Deutschland keine Maßnahmen getroffen habe, um die fälligen Zahlungen zu leisten. Alles das muß Ende April in Betracht gezogen werden, und er sei sicher, daß er bei den Alliierten nicht die geringsten Schwankungen feststellen werde, wenn es sich darum handele, den Franzosen die Mittel zu geben, um sich bezahlt zu machen. Das dürfe man mit Nachdruck verlangen und er sei davon überzeugt, daß man nicht nur Zustimmung finden, sondern auch die Unterstützung der Alliierten erlangen werde. Im Vertrauen der Unterfertigung der Regierung zu den Verhandlungen am 30. April gehen.

Die Sitzung nahm dann den von uns bereits geschilderten Verlauf.

Russisch-türkische Verbrüderung

(Havas.) Konstantinopel, 25. April.

Der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten in Kastaun richtete an Kemal Pascha eine Botschaft, worin er ihm erklärte, die russische Arbeiterschaft verfolge den Kampf des türkischen Volkes zur Verteidigung seines nationalen Bestandes mit tiefer Anteilnahme. Die Botschaft kündigt zum Schluß noch an, daß die russischen sozialistischen Arbeiterräte den Betrag von 30 000 Goldrubel aufgebracht haben, um das Los der so hart mitgenommenen Arbeiter Anatoliens zu mildern. Mustafa Kemal übermittelte seinen wärmsten Dank und teilte mit, daß diese Summe dem anatolischen Roten Halbmonde überwiesen werden wird.

Arbeitsprobleme der Bauwirtschaft

Von gutunterrichteter Seite wird uns geschrieben: Selbst bei Voraussetzung einer gemeinwirtschaftlichen Regelung im Bau- und Wohnungsweisen und bei der Sicherstellung, der zur Deckung des Neubaubedarfs erforderlichen Geldquelle, werden die vorhandenen Geldmittel nicht reichlich, sondern knapp fließen und bedürfen daher einer bis aufs äußerste angepannten systematischen und vernünftigen Verwendung, mit anderen Worten, sie müssen gestreckt werden. Dazu ist es erforderlich, eine sachgemäße Einschaltung der Hand- und Kopfarbeiter in den Arbeitsprozeß herbeizuführen. Dies kann und muß der Fall sein, einmal für die Gesamtheit des Betriebes, ein anderes Mal für die einzelne Person.

Als Betriebseinheit kann eine planvolle Bewertung der verfügbaren Mittel herbeigeführt werden dadurch, daß gemeinwirtschaftliche Betriebe für die Bauausführung, Baustoffherstellung und Anfertigung von Bauteilen die ideale Anteilnahme sowohl der Hand- wie der Kopfarbeiter steigern, und durch die Steigerung der Selbstverantwortung eine verstärkte Arbeitsleistung herbeiführen. Es ist ein unerträglicher Gedanke, daß weiterhin mit den Mitteln der Allgemeinheit so gewirtschaftet wird, wie es bisher der Fall war, und daß die privaten Bauunternehmungen, die ihrer Anlage nach auf spekulativen Gewinn hinarbeiten müssen, auch wenn der einzelne diese Absicht gar nicht hätte, einen großen Teil der öffentlichen Gelder für unproduktive Zwecke beanspruchen.

Selbst bei objektiver Beurteilung und bei Außerachtlassung lediglich der Submissionsergebnisse der sozialen Baubetriebe und Produktivgesellschaften auf der einen Seite, und der Privatbaubetriebe auf der anderen Seite, liegen so zahlreiche und handgreifliche Beweise vor, daß gemeinwirtschaftliche Baubetriebe billiger arbeiten als Privatbaubetriebe, daß man nunmehr mit bestehenden Tatsachen zugunsten der Gemeinwirtschaft rechnen kann. Aber auch die bloße Einschaltung der Konkurrenz der sozialen Baubetriebe hat bereits erhebliche Vorteile für die Allgemeinheit im Gefolge gehabt. Die private Bauunternehmung hat es sich selbst zuguschrieben, wenn man ihre Mitarbeit an einem etwaigen gesteigerten Bauprogramm ablehnen oder auf ein Mindestmaß beschränken muß. Sie hat dies selbst verschuldet, da sie unter sich eine freie Konkurrenz ausschaltete und durch Geheimabmachungen auf Kosten der Bauherrn, die ja heute fast ausschließlich öffentliche Bauherrn sind, vorher bestimmten Firmen die Ausführung und Erteilung des Auftrages zusicherte. Man nennt dies "Submissionsschadenversicherung".

Weiter gilt es nun, den einzelnen an die für ihn geeignete Stelle im gesamten Arbeitsprozeß zu bringen. Nur durch das Zusammenwirken dieser beiden Triebfedern ist eine wesentliche Steigerung der Arbeitsleistung und infolgedessen eine Steigerung der Produktion möglich. Beide bedingen einander. Die Einschaltung des Menschen, selbst in dieser verbesserten Form, allein genügt jedoch noch nicht. Es handelt sich weiter darum, die technischen Betriebsarten und Arbeitsvorgänge zu verbessern, und zwar durch Vervollkommnung der Geräte und durch vereinfachte Erzeugung von Bauteilen in der Werkstatt und in der Fabrik. Dazu kommt besonders für die Kopfarbeiter eine Rationalisierung des Bureaubetriebes. Alle diese Dinge bilden eine Einheit und man kann an ihnen nicht vorübergehen mit dem Hinweis: Es wäre alles sehr schön und gut im Baugewerbe, man hätte die vorhandenen Geschäftskräfte so lange schon ausprobiert, daß eine Verbesserung nicht möglich wäre.

Die Verbesserung des Betriebes in ideeller und materieller Beziehung und die Rationalisierung des Arbeitsprozesses können zwar eine Verbilligung der Neubautätigkeit herbeiführen, aber noch keine ausschlaggebende. Der andere Hebel, welcher angelegt werden muß, heißt Einschaltung eigener Erzeugung von Bauteilen und von Rohstoffen. Mit anderen Worten, das Prinzip eines gemeinwirtschaftlichen Baubetriebes ist zu übertragen auf die Verarbeitungs- und Rohstoffbetriebe im Baugewerbe, und weiterhin ist dieses Prinzip folgerichtig zu ergänzen dadurch, daß man den Konsumenten gleichzeitig zum eigenen Produzenten macht.

In der Baustoffindustrie liegen besonders komplizierte Verhältnisse insofern vor, weil sie in entscheidender Weise abhängig ist von einer wirtschaftlichen Verwendung der Kohle. Eine Sicherheit hierfür ist durch die bisherigen Maßnahmen weder von behördlicher Seite, noch von seiten der Industrie gegeben. Eine Stilllegungsfaktion von Baustoffwerken, die darauf abzielen würde, nur die leistungsfähigsten Werke arbeiten zu lassen, ist zwar denkbar, sie darf aber nicht durchgeführt werden von den Syndikaten oder, wie es so beschönigend heißt, von den Fachverbänden. Ohne Weibung kann eine solche Umstellung auch nur erreicht werden unter eifrigster Anteilnahme der Arbeiterschaft und unter Garantien, daß die in den Industrien investierten oder zu investierenden Kapitalien nicht eine spätere Belastung der Allgemeinheit und damit keine Verbesserung, wohl aber eine Beeinträchtigung der Neubautätigkeit herbeiführen.

